

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussvorsitzende Ursula Aljets
Ausschussmitglied Sabine Gastmann
Stellv. Ausschussvorsitzender Uwe Reese
Ausschussmitglied Angelika Thwin

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussmitglied Ursula Biester
Ausschussmitglied Stephan Hellwig
Ausschussmitglied Helmut Möhle

Mitglied FDP-Fraktion

Ausschussmitglied Hans-Joachim Jasny

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ausschussmitglied Claus Westerman

Mitglied Gruppe BASU/Tholen

Grundmandat Gerold Tholen

Mitglied der LAW

beratende Stimme Johann Janssen

Mitglied des Seniorenbeirates

beratendes Mitglied Manfred Kaluza

Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände WHV

beratendes Mitglied Petra Meyer-Machtemes
beratendes Mitglied Joachim Stasch

Dezernent

Erster Stadtrat Jens Stoffers

Von der Verwaltung

Fachbereichsleitung 53 Christof Rübsamen
Fachbereichsleitung 50 Jörg Sieberns
Herr Neumann (51)

Herr Osterkamp (GAQ)

Protokollführerin

Protokollführerin Susanne Bödeker

Es fehlte entschuldigt

beratendes Mitglied Hans-Peter de Vries

Gäste im öffentlichen Teil:

Herr Abeldt (WZ-Chefredakteur)
Herr Biller („Selbsthilfe-Kontaktstelle“)
Herr Jeschonnek (Kassenärztliche Vereinigung)
Frau Schütz (Bauverein Rüstringen)
Herr Weber (Bauverein Rüstringen)
Frau Wellnitz („Selbsthilfe-Kontaktstelle“)

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 26.02.2009
- 4 Mitteilungen und Anfragen
- 4.1 Vorstellung eines Wohnprojektes für Ältere durch den Bauverein Rüstringen (Vortrag durch den kaufmännischen Leiter Herrn Weber und die Seniorenberaterin Frau Schütz)
- 4.2 Vorstellung der "Selbsthilfe Kontaktstelle" durch deren Leiterin Frau Wellnitz
- 4.3 Sachstand zum Thema "Methadon" (Darstellung der Position der "Kassenärztlichen Vereinigung" durch den Geschäftsführer Herrn Jeschonnek)
- 4.4 Fortbestand des Pro-Aktiv-Centers (auf Antrag von Frau Aljets)
- 4.5 Initiierung einer Seniorenplanung
- 4.6 Sachstand zu den "Kosten der Unterkunft"
- 4.7 Information zu Bestattungen
- 4.8 Sachstand zum Thema "Neue Grippe"
- 4.9 Einleitung Abwasser am 26.05.2009

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, Frau Aljets, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
Die Tagesordnung wurde festgestellt.

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dass die Tagesordnungspunkte mit Vorträgen vorgezogen werden.

- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 26.02.2009
Die Niederschrift über den öffentlichen Teil des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 26.02.2009 wird genehmigt.

- 4 Mitteilungen und Anfragen

- 4.1 Vorstellung eines Wohnprojektes für Ältere durch den Bauverein Rüstringen (Vortrag durch den kaufmännischen Leiter Herrn Weber und die Seniorenberaterin Frau Schütz)

Herr Lutz Weber (kaufm. Leiter/Prokurist des Bauvereins Rüstringen) stellte zunächst ausführlich den Bauverein Rüstringen vor (s. Anlage).
Frau Schütz (Seniorenberaterin des Bauvereins Rüstringen) stellte anschließend ein Wohnprojekt des Bauvereins für ältere Bewohnerinnen in chronologischer Abfolge dar.

Die Idee zu diesem Wohnprojekt sei im Rahmen eines Seminars der VHS im April 2004 unter Beteiligung des Bauvereins und der städtischen Altenhilfe hervorgegangen.

Im Zeitraum Dezember 2004 bis Sommer 2005 bildeten sich 2 an dem Wohnprojekt interessierte Gruppen, die allerdings unterschiedliche Vorstellungen zum Wohnen im Alter hatten:

Die erste Gruppe bevorzugte einen komfortablen Neubau; die zweite Gruppe bestand aus ca. 20 Personen (meist alleinstehende Frauen mit Durchschnittseinkommen) und hatte bestimmte Vorstellungen wie z.B. kleine, bezahlbare Wohnungen (ca. 50 m²), Garten, schwellenfreie Zugänge, seniorengerechte Bäder, Balkone und einen Gemeinschaftsraum. Im weiteren Verlauf löste sich die erste Gruppe auf.

Der Bauverein suchte dann mit Nachdruck nach einer Umsetzungsmöglichkeit und entschied sich für das Bestandsgebäude in der Störtebekerstr.16/18, welches umgebaut wurde. Für die dortigen Altmieten sind Lösungen in anderen Gebäuden gefunden worden. Im Oktober 2008 seien die Wohnungen dann bezogen worden. Das Durchschnittsalter der BewohnerInnen liege bei 74 Jahren.

Die Wohnungsgröße (Wohnberechtigungsschein notwendig) betrage 48 m², zwei Wohnungen seien 60 m² groß. Man habe einen großen Balkon angebaut. Die Kaltmiete betrage ca. 240,- € ,zzgl. 60,- Umlagen, zzgl. 70,- € Heizkosten, zzgl. 40,- € Strom, zzgl. 10,- € Anteil am Gemeinschaftsraum = durchschnittlich 420,- € Gesamtkosten.

Mindestens 2 x im Monat finden Gemeinschaftstreffen statt.

Frau Schütz wies darauf hin, dass der Bauverein Mitglied im „Forum gemeinschaftliches Wohnen im Alter“ mit Hauptsitz in Hannover sei.

4.2 Vorstellung der "Selbsthilfe Kontaktstelle" durch deren Leiterin Frau Wellnitz

Die Leiterin der „Selbsthilfe-Kontaktstelle“ in Wilhelmshaven, Frau Wellnitz, stellte die Arbeit der Kontaktstelle vor (s. Anlage).

Es finde alle 2 Monate ein Austausch mit den Gruppenleitern statt.

Im Jahre 2008 habe man 400 Ratsuchende gezählt, der Bedarf an Neugründungen von Selbsthilfegruppen sei im Vergleich mit den umliegenden Landkreisen hoch. Träger der Einrichtung sei der eingetragene Verein „Gesundheit und Selbsthilfe“ in Wittmund.

Herr Biller stellte sich als Geschäftsführer des Vereins vor.

Er wies darauf hin, dass die Krankenkassen 40 % ihrer Zuschüsse gestrichen hätten. Er bat um finanzielle Unterstützung durch die Stadt Wilhelmshaven.

Herr Stoffers erläuterte, dass der Verwaltung der Geschäftsbericht des Vereins vorliege und dort auch ein Fehlbetrag ausgewiesen sei. Jedoch sei bei der Stadt Wilhelmshaven haushaltsmäßig zurzeit keine finanzielle Unterstützung eingeplant.

Herr Stoffers wies darauf hin, dass ein Unterstützungsantrag zu den neuen Haushaltsberatungen im Herbst für den voraussichtlichen Nachtragshaushalt gestellt werden könne. In Wittmund sei die Situation ähnlich, auch dort sei noch keine Entscheidung über eine finanzielle Unterstützung des Vereins gefallen.

Frau Gastmann wies darauf hin, dass der Paritätische Wohlfahrtsverband z.Zt. 30 Gruppen (mit Überschneidungen zur „Selbsthilfe Kontaktstelle“) betreue. Man arbeite gut zusammen. Um als Gruppe vom Paritätischen Wohlfahrtsverband betreut zu werden, müsse man ein eingetragener Verein sein.

Frau Gastmann bedauerte, dass von der „Selbsthilfe Kontaktstelle“ keine virtuellen Selbsthilfegruppen aufgenommen würden. Es gebe bestimmte Probleme, die man lieber über das Internet kommuniziere.

4.3 Sachstand zum Thema "Methadon" (Darstellung der Position der "Kassenärztlichen Vereinigung" durch den Geschäftsführer Herrn Jeschonnek)

(siehe auch TOP 5.2 der Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses vom 22.01.2009)

Herr Jeschonnek führte nochmals in die Problematik ein.

Ende Januar 2009 haben auf Veranlassung der Stadt Gespräche u.a. mit bereits Methadon substituierenden und interessierten Ärzten stattgefunden. Die 3 bisher tätigen Ärzte seien mit der Methadonabgabesituation in Wilhelmshaven unzufrieden; es werde eine neue Lösung für die Raumfrage und Organisation der Methadonvergabe angestrebt.

Es sei nun geplant, dass zukünftig 4 Ärzte die Methadonvergabe vornähmen. Die Ausgabe sollte aber außerhalb der eigenen Praxen vorgenommen werden; außerdem müsse eine wirtschaftliche Absicherung der Ärzte durch die Methadon-Ausgabe gewährleistet sein.

Die 4 Ärzte hätten gut laufende Praxen, jeder müsse dann alle 4 Wochen für eine Woche die Substitution durchführen. Dadurch fehle die Zeit in der Praxis.

Das Honorar für einen Methadonpatienten hänge vom Betreuungsaufwand im Einzelfall ab:

- ein Patient mit einem Gespräch pro Woche : 100,- € Honorar/Quartal
- ein Patient mit täglicher Substitution und 4 Gesprächen pro Woche: 650,- € Honorar/Quartal

Es sei eine gemeinsame Betreuung durch die 4 Ärzte angestrebt.

Die Ärzte seien gebeten worden, einen Antrag bei der Oberlandesstelle der KVN zu stellen, die über die finanzielle Förderung zu entscheiden habe. Herr Abelmann als Sprecher der 4 Ärzte werde die Vorstellungen bezüglich der Methadonabgabe mit Herrn Jeschonnek abstimmen, damit eine kurzfristige Bearbeitung ermöglicht werde. Bis dieses Antragsverfahren abgeschlossen werde, bat Herr Jeschonnek die Stadt um eine weitere Bereitstellung der bisherigen Räumlichkeiten. Dies sagte Herr Stoffers zu.

Auf Nachfrage von Herrn Stoffers erklärte Herr Jeschonnek, dass der Förderantrag einen Betrag von bis zu 50.000,- € beinhalten könne und deshalb eine Ablehnung nicht ausgeschlossen sei. Die KV wäre auch an einer Lösung mit den niedergelassenen Ärzten interessiert. Sollte dies nicht klappen, so werde man eine eigene Einrichtung / Alternativverfahren der KV anstreben müssen. Dieses Verfahren werde zur Zeit ebenfalls parallel geprüft und müsse im Falle einer Ablehnung nicht erst dann von vorne angeschoben werden.

Auf Nachfrage von Herrn Reese nach der Anzahl der betroffenen Personen antwortete Herr Jeschonnek, dass man von ca. 150 bis 200 Personen im nördlichen Friesland/Wilhelmshaven in der Methadontherapie ausgehe. Herr Janssen wies auf die Dringlichkeit des Problems hin und bat um eine schnelle Lösung.

Frau Biester fragte nach der Erfolgsquote bei der Behandlung mit Methadon. Nach Angaben von Herrn Jeschonnek würden 25 % der behandelten Personen drogenfrei; eine sehr viel größere Anzahl könne darüber hinaus am normalen sozialen Leben teilnehmen.

4.4 Fortbestand des Pro-Aktiv-Centers (auf Antrag von Frau Aljets)

Herr Stoffers berichtete auf Nachfrage von Frau Aljets über die Zukunft des Pro-Aktiv-Centers. Betreut würden junge Menschen im Alter zwischen 15 bis 27 Jahren mit multiplen Vermittlungshemmnissen:

Der sogenannte „gesteuerte Zugang“ erfolgte bisher bei der GAQ, der sogenannte „ungesteuerte Zugang“ bei der BeKA (Beratung, Kommunikation und Arbeit e.V.).

Es handele sich um jugendliche Hartz-IV-Empfänger, sowie junge Menschen, die noch bei den Eltern leben und keinen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz gefunden bzw. keine Zukunftsvorstellungen haben. Außerdem würden junge Personen mit psychischen und psychosozialen Problemen (Obdachlosigkeit, Sucht, Straffälligkeit) betreut.

Der Bund habe seine Zuschüsse bereits ab dem 01.07.2009 auf 20 % der Aufwendungen gekürzt.

Die Finanzierung stellte sich bisher wie folgt dar:

Stadt Wilhelmshaven	30.000,- €	
Job-Center	114.000,- €	(40 %) (ab 01.07.2009 Kürzung auf 20 %)
Land Niedersachsen	58.000,- €	(20 %)
<u>Eur. Sozialfonds</u>	<u>84.000,- €</u>	
Gesamtsumme	286.000,- €	

Nach einer Prüfung durch den Bundesrechnungshof teilte das Bundesministerium für Arbeit und Soziales mit, dass der Bundeszuschuss über das Job-Center wegen festgestellter Doppelstrukturen zwischen Bund und Kommune in der zweiten Jahreshälfte 2009 auf 20 % der Gesamtkosten gekürzt werde. Dabei sei zu berücksichtigen, dass andere Zuschüsse an diese Summe gekoppelt seien und ebenfalls sinken könnten.

Nach der Kürzung müsse der Standort der BeKA in der Paul-Hug-Str. geschlossen werden. Man konzentriere sich mit der Beratung nun auf den Standort bei der GAQ am Totenweg. Zwei der 3 BeKA-Fallmanager würden von der GAQ übernommen (Kostenträger Job-Center), die 3. Fallmanagerin wechsele in andere Projekte der BeKA.

Man konzentriere so die Tätigkeiten ohne Aufgabenreduzierung an einer Stelle unter Einsparung von Verwaltungs- und Mietkosten.

Für das Jahr 2010 müsse man neue Gespräche führen.

Herr Möhle sprach von einer guten Übergangslösung und bat um eine Information zum Sachstand bis zu den Nachtragshaushaltsberatungen.

4.5 Initiierung einer Seniorenplanung

Herr Thomas Neumann (Sozialplaner im Jugendamt) stellte sich vor.

Er werde in einer der nächsten Sitzungen des Sozial- und Gesundheitsausschusses den genauen Ablauf der Seniorenplanung darlegen. Beabsichtigt sei eine integrierte Sozialplanung, bei der man verschiedene Ämter und Träger einbinden wolle.

Frau Aljets ergänzte, dass Herr Prof. Strang bereits im Jahre 1979 (mit Ergänzung im Jahre 1982) eine Seniorenplanung aufgestellt habe; auf diese Planung sei auch die Gründung des Seniorenbeirates 1982 zurückzuführen. Herr Neumann bot an, dass man bereits im Vorfeld des Beginns der Seniorenplanung Anregungen zur Planung an ihn geben könne (Telefonnummer 16-1789).

4.6 Sachstand zu den "Kosten der Unterkunft"

Herr Stoffers stellte klar, dass es rechtlich keine Rolle spiele, dass die Revision beim Bundessozialgericht vor dem Zeitpunkt der Entscheidung des Verwaltungsausschusses über die Revision eingelegt wurde. Nach § 63 NGO werde die Stadt in gerichtlichen Verfahren nach außen vom Oberbürgermeister und den Dezernenten vertreten.

Hätte der VA die Revision abgelehnt, so wäre die Revision ohne Probleme zurückzunehmen gewesen.

Herr Stoffers betonte, dass es sich bei den Verfahren jeweils um Einzelfälle mit individuellen Besonderheiten handele.

Unabhängig davon werde die Stadt Wilhelmshaven aber ab 01.07.2009 neue Mietobergrenzen einführen, um Erkenntnisse aus dem Landessozialgerichtsurteil in die Berechnung einfließen lassen zu können.

Die anerkannte Datengrundlage werde weiterhin aus 3 Datensäulen gespeist: Wohnungsmieten von Wohngeldempfängern, Wohnungsmieten von SGB XII-Bezieherinnen und Daten aus der Wohnungsmarktbeobachtung.

Aus diesen Daten errechne man die Kaltmiete und Nebenkosten auf die jeweiligen Wohnungsgrößen:

bis zu 50 m² für eine Person, bis zu 60 m² für 2 Personen, bis zu 75 m² für 3 Personen usw.

Außerdem würden dann aufgrund der „Hinweise zur Erstellung von Mietspiegeln“ vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen jeweils ein Sechstel der oberen und unteren Preissegmente heraus gerechnet, um besonders teure und besonders preiswerte Wohnungen für die Berechnung auszusortieren. Die Anpassung der Miethöchstbeträge erfolge mit Wirkung ab dem 01.07.2009 und werde im Laufe der folgenden Monate – immer bezogen auf den 01.07.2009 – umgesetzt. Es sei zu erwarten, dass die Werte in den meisten Fällen über den jetzigen Werten liegen würden, jedoch unter denen vom Gericht errechneten bleiben. Die endgültigen Werte werden in der nächsten Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses bekannt gegeben.

4.7 Information zu Bestattungen

Herr Stoffers führte aus, dass das Problem in der Vergangenheit darin bestand, dass Bestattungen, die nicht über das Sozialamt nach SGB XII, sondern über das Amt für Öffentliche Ordnung im Rahmen der Gefahrenabwehr angeordnet wurden, aus Kostengründen in Bredehorn durchgeführt wurden.

Seit Dezember 2007 seien die Kosten für diese Bestattungen in Wilhelmshaven mit denen in Bredehorn vergleichbar, so dass seit diesem Zeitpunkt die o. a. Bestattungen in Wilhelmshaven durchgeführt werden. Man zähle im Schnitt 24 Fälle pro Jahr.

Frau Meyer-Machtemes wies darauf hin, dass die Ersatzmaßnahme bei Alleinstehenden ohne Angehörige durchgeführt werde. In diesen Fällen sei grundsätzlich nach der gesetzlichen Regelung das Amt für Öffentliche Ordnung zuständig. Problematisch sei dies auch für religiös gebundene Personen, die dann ohne kirchlichen Segen beigesetzt würden.

Der Ausschuss stellte fest, dass diese Problematik jeden Bürger treffen könne, der keine nahen Angehörigen mehr habe.

4.8 Sachstand zum Thema "Neue Grippe"

Herr Dr. Rübsamen informierte über den seit dem 24.04.2009 erkannten neuen Grippeerreger.

Am 28.05.2009 waren 19 Fälle bekannt.

Als Strategie gegen die Ausbreitung des Erregers würden Menschen mit Symptomen und Kontaktpersonen isoliert. Eine Verbreitung des Erregers solle so

unter allen Umständen verhindert werden, um genügend Zeit für eine Imstoffentwicklung zu gewinnen.
In Wilhelmshaven habe man bisher 2 Anfragen registriert. Die Einrichtung einer Isolierstation sei im RNK grundsätzlich möglich.

4.9 Einleitung Abwasser am 26.05.2009

Herr Reese erkundigte sich bezüglich der Wassereinleitung nach dem Gewitter am 26.05.2009.

Herr Dr. Rübsamen erläuterte, dass an diesem Tag um 9.05 Uhr Niedrigwasser herrschte und 90 Minuten davor und danach Wasser eingeleitet wurde. Der Vermischungseffekt reiche erfahrungsgemäß aus, um zur Badezeit um 12.00 Uhr kein Badeverbot aussprechen zu müssen.

Eine Wasserprobe, deren Ergebnis noch nicht vorliege, wurde um 14.30 Uhr genommen.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 17:40 Uhr

Unterschrift
Dezernent

Unterschrift
Vorsitzende/r

Unterschrift
Protokollführer/in